

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 886 846 pbbn d



Inhalt

40. Jahrgang / 46

7. März 1985

Klaus Kirschner MdL, Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages, befaßt sich mit dem schwarzen Humor des Bundesarbeitsministers: Steigende Leistungen - sinkende Renten. Seite 1

Rudolf Scharping MdL, Stellvertretender Vorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz, kritisiert die mangelnde Forschungsförderung für Rheinland-Pfalz: Schwere wirtschaftlicher Schaden. Seite 4

Dr. Peter Corterier MdB fordert die Genfer Verhandlungspartner auf, alles zu unterlassen, was einen Erfolg gefährden könnte: Moskau und die Weltraumwaffen. Seite 6

Blüms schwarzer Humor

Steigende Leistungen und sinkende Renten

Von Klaus Kirschner MdB
Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung
des Deutschen Bundestages

Das muß man dem derzeitigen Bundesarbeitsminister Blüm schon lassen: Er ist immer für neue Überraschungen gut. Mal denkt er laut über vermehrte Samstags-Arbeit nach, dann wieder über eine Anhebung der Altersgrenze in der Rentenversicherung, nachdem erst vor wenigen Monaten ein Vorruhestandsgesetz mit 58 Jahren von CDU/CSU/FDP beschlossen wurde. Jüngst versuchte er nun in einem "Spiegel-Artikel" den Eindruck zu erwecken, als ob er mit der Forderung nach einer neuen rentenpolitischen Formel, die die Folgekosten der demographischen Entwicklung auf Rentner, Beitragszahler und Staat gleichermaßen verteilt, etwas Neues entdeckt hätte.

Mal spielt er Glücksritter bei einer makaberen Lehrstellenlotterie. Wobei das Auslosen eines Ausbildungsplatzes bei dieser Bundesregierung schon Sinn macht, denn angesichts von zigtausenden unversorgter Ausbildungsstellensuchender, nicht zuletzt hervorgerufen durch die Untätigkeit dieser Bundesregierung, kommt es für viele Jugendliche schon einem Lotteriespiel gleich, ob man einen Ausbildungsplatz bekommt oder nicht. Warum sollte da der derzeitige Bundesarbeitsminister abseits stehen?

Ein anderes Mal läßt er sich den "Orden wider den tierischen Ernst" anhängen, während zum gleichen Zeitpunkt die Bundesanstalt für Arbeit die neuesten Arbeitslosenzahlen in noch nie dagewesener Höhe verkündet und sich bei den Rentenversicherungsträgern neue Finanzlöcher auftun. Blüm ficht das alles nicht an, mit seiner eigenen Art von "schwarzem" Humor bringt er alles unter einen Hut. Noch vor Weihnachten wurden mit Millionen-Steuergeldern eine großangelegte

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

Verleger: Ernst
und Sophie Böhmer
Köln-Deutz



Zeitungs-Anzeigenserie von der Bundesregierung geschaltet, in der unter anderem behauptet wurde: "Die Renten sind sicher", während drei Wochen zuvor zum erstenmal die Renten auf Pump ausbezahlt werden mußten, weil die liquiden Mittel der Rentenversicherungsträger nicht mehr ausreichten.

Natürlich sind die Renten sicher, wenn man darunter versteht, daß die Renten ausbezahlt werden. Immer unsicherer wird jedoch bei dieser Bundesregierung, wie hoch der Rentenzahlbetrag in Zukunft sein wird, den der einzelne nach einem Arbeitsleben zu erwarten hat. Es bedarf wenig Phantasie, um sich auszumalen, welches politische Gift der selbsternannte "Volksaufklärungsminister" dieser Bundesregierung und Generalsekretär der CDU namens Geißler versprüht hätte, wäre so etwas unter einem Sozialdemokraten vorgekommen. Wer betrügt denn jetzt Rentner und Beitragszahler um ihre erworbenen Rentenansprüche?

Derzeit bereitet diese Bundesregierung ihre 5. Beitragserhöhung in der gesetzlichen Rentenversicherung vor. Zur Erinnerung: 1983 wurde der Beitrag der Versicherten von 18 auf 18,5 Prozent angehoben; das Krankengeld wurde beitragspflichtig, ebenso die sogenannten Einmal-Zahlungen; zum Jahresanfang 1985 erhöhte sich der Rentenversicherungsbeitrag auf 18,7 Prozent und nun steht eine neue Beitragserhöhung zum 1. Juni auf 19,2 Prozent vor der Tür. Für die Rentner wurde eine Beteiligung an den Krankenversicherungskosten eingeführt, die bis 1. Juli 1989 nach den neuesten Plänen auf 5,9 Prozent steigen wird. Schuld an diesem Hickhack und an der finanziellen Gratwanderung der Rentenversicherungen sind weder die Gewerkschaften, denen die Bundesregierung am liebsten alles in die Schuhe schieben würde, wegen ihrer durchgesetzten Arbeitszeitverkürzung anstelle höherer Lohnerhöhungen. Wobei der gleiche Bundesarbeitsminister daran zu erinnern ist, daß er bei seinem Amtsantritt eine Lohnpause von den Gewerkschaften gefordert hatte. Schuld sind auch nicht die Ausländer, von denen wesentlich mehr die sogenannte Rückkehrförderung in Anspruch genommen haben, als die Bundesregierung annahm. Schuld an dieser Finanzmisere der Rentenversicherung ist ausschließlich die Bundesregierung selbst, einerseits mit ihrer Verweigerungshaltung gegenüber einer aktiven staatlichen Beschäftigungspolitik und andererseits mit ihrer Kürzung der Beiträge, die die Bundesanstalt für Arbeit an die Rentenversicherungsträger für die Arbeitslosen zu überweisen hat.

Sie hat damit selbst einen wichtigen finanziellen Pfeiler der gesetzlichen Rentenversicherung zum Einsturz gebracht. Durch diese Beitragskürzung gingen der Rentenversicherung seit 1983 allein jährlich rund fünf Milliarden DM an Einnahmen verloren. Hatten die Rentenversicherungen zum Jahresende 1982 noch Rücklagen von rund 21 Milliarden DM, betrugten dieselben 1983 noch 15,3 Milliarden und 1984 gerade noch 9,8 Milliarden DM oder 0,92 Monatsausgaben. Hieran wird deutlich, wie diese Bundesregierung - Blüm ist der dafür verantwortliche Ressortminister - durch ihre unverantwortliche Politik der Einnahmekürzungen die Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung immer weiter unterhöhlt, wie zum Ausgleich die Beitragszahler mit immer höheren Beiträgen und die Rentner mit dem steigenden Krankenversicherungsbeitrag zur Kasse gebeten werden und die Renten real absinken (insgesamt summieren sich die Kürzungen in der Rentenversicherung in den nächsten 15 Jahren auf 245 Milliarden DM!).

Welches Vertrauenskapital in die Verlässlichkeit staatlicher Zusagen mit einer solchen Politik verschüttet wird, läßt sich gar nicht abschätzen. (Würde man sich die gesetzliche Rentenversicherung als ein System auf Kapitaldeckungsbasis vorstellen, so wäre heute für Renten und Rentenanwartschaften ein Deckungskapital in der Größenordnung von drei Billionen DM! erforderlich.)



Die Bundesregierung, die das Geld für Milliarden-Geschenke zur Vermögenssteuersenkung und für milliardenschwere Agrarsubventionen hat, stört das anscheinend wenig, wobei sowohl bei der Vermögenssteuersenkung als auch bei der fünfprozentigen Anhebung der Umsatzsteuerrückerstattung in der Landwirtschaft die Großen den Rahm abschöpfen. (Nach Aussagen der Bundesregierung bringt die Anhebung der Vorsteuerpauschale den umsatzstärksten landwirtschaftlichen Betrieben bis zu 36.000,- DM jährlich zusätzlich in die Taschen).

Was die Rentenversicherung betrifft, so sind die finanziellen Probleme unter folgenden Voraussetzungen lösbar:

1. Die Rentenversicherung muß wieder volle Beiträge für die Arbeitslosen bekommen. Dies entspricht dem Versicherungsrisiko, daß dort zu finanzieren ist, wo es entsteht. Damit würde die Rentenversicherung, wie mit dem 21sten RAG geschehen, arbeitsmarktunabhängiger.
2. Der Bundeszuschuß darf nicht der Disposition des jeweiligen Bundesfinanzministers unterliegen, sondern er muß die vom Gesetzgeber so gewollten Leistungen im Rahmen des Solidarprinzips abdecken.
3. Der Arbeitgeberbeitrag ist auf ein Mischsystem von Lohnsumme und Wertschöpfung des Unternehmens umzustellen. Es kann nicht weiter gehen, daß Betriebe, die Arbeitskräfte einstellen, zusätzliche steigende Versicherungsbeiträge bezahlen, während diejenigen die neue Technologien statt menschlicher Arbeitskraft zum Einsatz bringen, dafür auch noch "belohnt" werden.
4. Rentner, Beitragszahler und Staat müssen sich gleichberechtigt an den finanziellen Risiken der demographischen Entwicklung beteiligen.

Darüber hinaus ist das Vielklassenrecht der Alterssicherungssysteme nicht weiterhin hinnehmbar. Es paßt nicht mehr in unseren sozialen Rechtsstaat. Es kann nicht weiterhin hingenommen werden, daß die Arbeiter und Angestellten mit steigenden eigenen Beiträgen real immer geringere Renten zu erwarten haben, während gleichzeitig beispielsweise in der Landwirtschaft, unabhängig vom Einkommen und Vermögen des Einzelnen, die Altershilfe zu 75 Prozent aus allgemeinen Steuermitteln subventioniert oder Pensionen ohne eigene Beitragsleistung vom Steuerzahler, also auch von den Rentenversicherungsbeitragszahlern, voll finanziert werden. Seit über einem Jahr liegt der Bundesregierung ein umfangreiches Gutachten der noch von der sozial-liberalen Regierung berufenen "Sachverständigenkommission Alterssicherungssysteme" vor. Alle dort vertretenen Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgebervertreter haben eine Harmonisierung der Alterssicherungssysteme, mit Ausnahme des Beamtenbundes, bejaht. Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, hierzu endlich Vorschläge vorzulegen.

(-/7.3.1985/rs/ks)

+ + +



Für die Forschung wird zu wenig getan

Das Land Rheinland-Pfalz gibt weniger für Wissenschaft und Forschung aus
als der Stadtstaat Hamburg

Von Rudolf Scharping MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz

Forschung und Entwicklung sind und bleiben unverzichtbare Voraussetzungen für die Zukunft jedes Industriestaates. Unter allen deutschen Bundesländern rangiert Rheinland-Pfalz, wo Helmut Kohl bis 1976 Regierungschef war, forschungspolitisch an letzter Stelle. Viele Entwicklungen gehen daher an Rheinland-Pfalz vorbei: Ganze 936 Millionen DM stellte die Mainzer Landesregierung 1984 für Wissenschaft und Forschung aus, weniger als der Stadtstaat Hamburg mit 1.015 Millionen DM.

Aber viel schlimmer sieht die Statistik aus bei der Verteilung von Forschungsmitteln aus Bonn: Nur ganze 26,7 Millionen DM erhielt Rheinland-Pfalz zum Beispiel 1983 für direkte Projektförderung vom Bundesforschungsministeriums, Nordrhein-Westfalen dagegen 1.080 Millionen DM (also das Vierzigfache!). Von den 13 Großforschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland mit über 20.000 Mitarbeitern und jährlich über 2,5 Milliarden Gesamtausgaben arbeitet bis jetzt keine einzige Einrichtung in Rheinland-Pfalz.

174 Mitgliedshochschulen zählt derzeit die Westdeutsche Rektoren-Konferenz, aber nur drei Universitäten darunter liegen in Rheinland-Pfalz. Über 10.000 Mitarbeiter forschen in 60 Instituten der Max-Planck-Gesellschaft mit einem Jahresetat von fast einer Milliarde, nur zwei davon liegen in Rheinland-Pfalz. Der Fraunhofer-Gesellschaft stand 1984 ein Jahresetat von 317 Millionen DM zur Verfügung und 2.566 Personalstellen in 28 Forschungsinstituten. Aber kein Fraunhofer-Institut liegt in Rheinland-Pfalz.

Vor diesem Hintergrund an Forschungsdefizit ist es verständlich, daß 1983 von den 119 Millionen DM der VW-Stiftung und den 909 Millionen DM der Deutschen Forschungsgemeinschaft ebenfalls nur ein verschwindend geringer Anteil auf Forschungseinrichtungen entfallen konnte. Wenn nunmehr in jüngster Zeit ausgerechnet die CDU in Rheinland-Pfalz diesen Zustand öffentlich beklagt, so sind dies Krokodilstränen. Rheinland-Pfalz, seit fast 35 Jahren von der CDU regiert, wurde nicht durch Zufall zur forschungspolitischen Schlußleuchte in der Bundesrepublik: Es ist das konsequente Ergebnis einer jahrzehntelangen CDU-Kulturpolitik in Mainz. Die Bedeutung von Forschung und Entwicklung für die industrielle Zukunft unseres Landes und für die beruflichen Chancen künftiger Generationen ist von den Verantwortlichen in Mainz auch 1978 nicht erkannt worden, als sie die konkreten Hinweise des damaligen SPD-Landesvorsitzenden, Staatsminister Dr. Klaus von Dohnanyi, auf die ungenügende Wissenschafts- und Forschungspolitik in Rheinland-Pfalz weit von sich wiesen.

Seither sind wertvolle Jahre, ist wichtige Zeit vergangen, aber die Landesregierung hat nichts in die Wege geleitet, was den Bund dazu zwingen müßte, die Verteilung der Forschungsmittel in die Bundesländer neu zu überdenken. Daß der CDU-Landtags-



fraktion und der Bundestagsgruppe Rheinland-Pfalz/Saar der CDU bei einer jüngsten Zusammenkunft in Bonn nicht mehr eingefallen ist als dieser Satz: "Strukturpolitik muß einhergehen mit einer kräftigen Erhöhung der Bundesmittel zur Forschungsförderung in Rheinland-Pfalz", ist das Eingeständnis einer falschen Wissenschafts- und Forschungspolitik in Rheinland-Pfalz und die nachträgliche Rechtfertigung der Kritik von Klaus von Dohnanyi, Rheinland-Pfalz möge durch seine Eigenleistungen die Voraussetzungen für eine verstärkte Förderung endlich schaffen.

In einem von mittleren und kleineren Unternehmen stark geprägten Bundesland wie Rheinland-Pfalz kommt es bei der Forschungsförderung vor allem auch auf eine enge Verzahnung mit der dort geforderten (und zu fördernden) Praxis an. Sozialdemokratische Vorschläge in diesem Sinne blieben bisher ungehört. Den Nachteil haben zum Beispiel Handwerksbetriebe, kleine und mittlere, aber leistungsfähige Unternehmen sowie Fachhochschulen und Universitäten. Es schlägt aber dem Faß den Boden aus, daß es jetzt auch noch zu einem Einspruch der Kommission der Europäischen Gemeinschaft gegen das Zuwachsprogramm des Bundesministeriums für Forschung und Technik von 400 Millionen DM für Forschungs- und Entwicklungspersonal bei kleinen und mittleren Unternehmen und das Programm über den Personalkostenzuschuß für Forschungs- und Entwicklungspersonal an kleine und mittlere Unternehmen des Bundesministeriums für Wirtschaft von 1,6 Milliarden DM gekommen ist.

Die SPD-Bundestagsfraktion liegt fraglos richtig, wenn sie befürchtet, daß eine aus der Zeit der sozialliberalen Regierung stammende, inzwischen anerkannte Initiative zugunsten der mittelständischen Wirtschaft durch grobe Fahrlässigkeiten der "Wende-Administration" gefährdet wird. Bis zur endgültigen Klärung wird jedenfalls schwerer Schaden für den Mittelstand entstehen, da die gesamten fast zwei Milliarden DM (2.000 Millionen DM) blockiert sind und diese Blockade sich als abrupter Einschnitt in viele laufende Vorhaben auswirkt. Es ist eine unverständliche Panne des angeblich europa-erfahrenen neuen Wirtschaftsministers, daß er die Programme nicht mit Brüssel abgestimmt hat. (-/7.3.1985/rs/ks)

+ + +



Die Sowjetunion und die Genfer Verhandlungen

Beide Seiten müssen alles unterlassen, was ernsthafte Verhandlungen
beeinträchtigen könnte

Von Dr. Peter Corterier MdB

Die Sowjetunion hat in den letzten Tagen im Vorfeld der Genfer Verhandlungen ihre Kampagne gegen die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) der Amerikaner ständig verschärft.

In dieser Kampagne steckt ein großes Maß an Heuchelei. Man kann gegenüber der SDI viele Vorbehalte haben, wie sie erst jetzt wieder von einigen der angesehensten Experten in Washington in einer Studie des Georgetown Centers for Strategic and International Studies geäußert wurden.

Der Sowjetunion fehlt aber aufgrund ihrer eigenen Anstrengungen auf diesem Gebiet die politische und moralische Berechtigung für ihre Versuche, die USA auf die Anklagebank zu versetzen. Die Sowjetunion hat schon seit Jahren die Entwicklung von Killersatelliten betrieben; sie hat ein riesiges Radarsystem bei Krasnojarsk gebaut, das mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Verletzung des ABM-Vertrages darstellt und viele andere Entwicklungen vorantrieben, die auf den Aufbau einer Raketenabwehr hindeuten.

Wenn sie trotzdem in diesem Bereich - nach allem, was wir wissen - hinter den USA herhinkt, dann nicht wegen einer Zurückhaltung im Interesse der Abrüstung und nicht wegen eines mangelnden Einsatzes von Mitteln, sondern deshalb, weil sie in der Entwicklung der erforderlichen Technologie bisher nicht mit den USA mithalten kann.

Unter diesen Umständen, und da die Genfer Verhandlungen in wenigen Tagen wieder beginnen werden, wäre es gut, wenn die Sowjetunion endlich ihre Propagandakampagne einstellen würde. Eine Fortsetzung der Kampagne wäre nicht dazu angetan, in Genf ein Klima entstehen zu lassen, in dem bald ernsthaft verhandelt wird, mit dem Ziel, die nuklearen Offensivwaffen beider Seiten drastisch zu reduzieren und eine Militarisierung des Weltraums zu verhindern, solange es dazu noch nicht zu spät ist.

Eine Fortsetzung der sowjetischen Kampagne würde auch die Position derer im Westen stärken, die von vorneherein befürchtet haben, die Sowjetunion sei vor allem deswegen nach Genf zurückgekehrt, um eine neue Runde in ihrem Propagandafeldzug gegen die USA zu eröffnen und um damit einen Keil zwischen die USA und ihre Verbündeten in Westeuropa zu treiben.

Beide Seiten müssen jetzt alles unterlassen, was ernsthafte Verhandlungen
beeinträchtigen könnte.

(-/7.3.1985/rs/ks)

+ + +

